

Drei Viertel geben Regierung gute Noten

Eine klare Mehrheit der Wählerschaft hält die Vorgehensweise der Regierung während der Coronapandemie für «genau richtig».

Julia Strauss

Teil Drei der Wahlauswertung des Liechtenstein-Instituts ist eingetroffen und zeigt ein deutliches Bild: Der überwiegende Teil der Wählenden beider Grossparteien (VU und FBP) sowie der Freien Liste halten die Vorgehensweise der Regierung während der Coronapandemie für angemessen und laut Politikexperte Thomas Milic für «genau richtig».

Der Grossteil der DU- und DpL-Wählerinnen und Wähler dagegen ist mit dem Coronakurs der Regierung unzufrieden und gibt die Noten «eher schlecht» oder «sehr schlecht».

VU und FBP-Wähler beurteilen fast identisch

Auch ein Blick auf die vergangenen vier Jahre Regierungsarbeit zeigt: Die Wählenden sind sich grösstenteils einig. Erwartungsgemäss zeigen sich vor allem die Wählerschaften der beiden Regierungsparteien mit den Leistungen «ihrer» Regierung zufrieden.

Zugenommen hat die Bewertung der Regierung hingegen bei den Freie-Liste-Wählerinnen und -Wählern. Sie sind mit der Regierungsleistung fast so zufrieden wie die Wählerschaften der beiden Regierungsparteien. Leicht

zurückgegangen ist nur die Bewertung der Regierungsleistung der FBP-Anhängerschaft.

Gut zwei Drittel der Befragten VU- und FBP-Wähler hält die aktuellen politischen Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in Liechtenstein für angemessen. Bei beiden Parteien hätte sich etwa ein Fünftel der Befragten allerdings weniger scharfe Massnahmen gewünscht. Gleichzeitig wären etwa ein Sechstel mit schärferen Massnahmen einverstanden gewesen. Bei der Freien Liste wünscht sich sogar ein knappes Drittel strengere Massnahmen. Im Juni 2020 waren die Wähler aller Parteien noch eine Spur zufriedener: Rund zehn Prozent mehr beurteilten das Krisenmanagement der Regierung mit «eher gut» oder «sehr gut». Im Juni waren die meisten Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus bereits gelockert worden.

DU und DpL: Rund die Hälfte will Lockerungen

Anders sieht es bei den Wählerinnen und Wählern der beiden Parteien DU und DpL aus. Sie beurteilen die Regierungsleistung während der Coronapandemie mehrheitlich kritisch. Nur 28 Prozent (DU) beziehungsweise 20 Prozent (DpL) halten die aktuellen

Wie beurteilt die Wählerschaft das Covid-19-Krisenmanagement der Regierung?



Quelle: Umfragen Liechtenstein-Institut, Juni 2020 (Lie-Barometer), August 2020 (Abstimmung S-Bahn), Januar 2021 (Landtagswahlen)

Massnahmen für angemessen. Rund die Hälfte der Wählerschaft beider Oppositionsparteien will Lockerungen. Das Krisenmanagement der Regierung kommt ebenfalls nicht gut weg: Gut zwei Drittel

der DU- und DpL-Wähler beurteilen die Regierungsarbeit mit Blick auf die Pandemie mit «eher schlecht» oder sogar «sehr schlecht». Interessant: Obwohl die Landtagsabgeordneten der Demokraten

pro Liechtenstein sich seit Beginn der Pandemie für schärfere Massnahmen aussprechen, wäre über die Hälfte der DpL-Wählenden mit diesen strikteren Massnahmen alles andere als einverstanden. Ih-

nen gehen die aktuellen politischen Massnahmen «eher zu weit» oder «viel zu weit». Bei der DU-Wählerschaft will laut Auswertung des Liechtenstein-Instituts eine relativ starke Minderheit, nämlich 34 Prozent, Verschärfungen. Ein homogener Block hinsichtlich Schärfe und Tempo der Coronamassnahmen ist bei dieser Wählergruppe nicht zu erkennen. Die Wähler der Unabhängigen sind am wenigsten glücklich mit dem Kurs der Regierung: Knapp ein Viertel beurteilt das Krisenmanagement mit «sehr schlecht».

Fürstenhaus genießt «volles Vertrauen»

Neben dem Fürstenhaus haben auch Regierung, Landtag und die Gerichte einen sehr guten Ruf in der Bevölkerung. Sie geniessen sehr viel Vertrauen. Weniger vertrauensvoll scheinen die Medien und die politischen Parteien zu sein. Von einem offenen Misstrauen kann aber laut Thomas Milic nicht die Rede sein. Auffallend ist laut Liechtenstein-Institut: DU- und DpL-Wähler misstrauen der Regierung, aber nicht dem Fürstenhaus.

Laut den Auswertungen des Instituts ist das Vertrauen innerhalb des vergangenen Jahres aber tendenziell gewachsen, «möglicherweise auch als Folge der Covid-19-Krisensituation.»